



Kongregation der Barmherzigen Schwestern
vom hl. Vinzenz von Paul
MUTTERHAUS MÜNCHEN

Informationen nach §§ 15, 16 und 23 des Gesetzes über den kirchlichen Datenschutz (KDG) bei Videoüberwachung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit informieren wir Sie gem. §§ 15, 16 und 23 KDG über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei Videoüberwachung durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte.

1. Kontaktdaten

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung:

Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul
Mutterhaus München
Vinzenz-von-Paul-Str. 1
81671 München
Telefon 089/51 41 05-0
E-Mail-Adresse: kongregation(at)barmherzige.net

Betriebliche Datenschutzbeauftragte:

Kongregation der Barmherzigen Schwestern
vom hl. Vinzenz von Paul, Mutterhaus München
Datenschutzbeauftragte
Vinzenz-von-Paul-Str. 1
81671 München
Telefon 089/51 41 05-0
E-Mail-Adresse: datenschutz(at)barmherzige.net

2. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Soweit erforderlich verarbeiten wir Videoaufnahmen zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten gem. § 52 Abs. 1 KDG (Interessenabwägung gem. § 6 Abs. 1 lit. g) KDG).

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten (insbes. Diebstahlsicherung);
- Videoüberwachungen zur Sammlung von Beweismitteln bei Straftaten. Schutz von (Heim-)Bewohnern, Patienten, Gäste und Mitarbeitern;
- Gebäudesicherheit;
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts

3. Speicherdauer

Die Videoaufnahmen werden für einen Zeitraum von 7 Tagen zugriffsgeschützt gespeichert und nach Ablauf dieser Frist automatisch gelöscht, soweit einzelne Sequenzen nicht für konkrete Beweis- oder Nachweiszwecke kopiert und bis zur Zweckerreichung separat verarbeitet oder gespeichert werden.

4. Empfänger von personenbezogenen Daten

Eine Datenübermittlung findet zu den oben genannten Zwecken an Rechtsanwälte, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte bzw. an Versicherungsunternehmen statt.

5. Rechte der betroffenen Personen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in § 17 KDG im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (§ 18 KDG).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in § 19 KDG im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in § 20 KDG aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte

und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (§ 23 KDG).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen das KDG verstößt (§ 48 KDG). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Bayern ist die **zuständige Aufsichtsbehörde**: Gemeinsame Datenschutzaufsicht der bayerischen (Erz-) Diözesen, Kapellenstr. 4, 80333 München.